

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

Freitag, 6. Juni 1952

Blatt 901

Nachtrag vom 5. Juni

Samstag Trauerfeier auch für Max Wopenka  
=====

5. Juni (RK) Die Trauerfeier für den verstorbenen Bezirksvorsteher von Simmering Max Wopenka findet ebenso wie die für Gemeinderat Hans Winter am Samstag in der Feuerhalle der Stadt Wien statt, und zwar um 14.30 Uhr. Bei beiden Anlässen wird Bürgermeister Jonas Worte des Gedenkens für die Hingeschiedenen sprechen.

Im September Betriebsaufnahme im Umspannwerk West  
=====

Verbesserung der Wiener Stromversorgung

6. Juni (RK) Gestern vor einem Jahr waren dort, wo sich heute der große Bau des neuen Umspannwerkes Wien-West erhebt, noch Getreidefelder. Schon fünfeinhalb Monate später, am 8. Dezember 1951, war das Werk bis zur Dachgleiche gediehen und im Rohbau fertiggestellt. Bereits Ende August oder Anfang September wird der Betrieb der neuen Anlage teilweise aufgenommen werden können. Damit ist wieder ein bedeutender Schritt zur Verbesserung der Wiener Stromversorgung getan. Das Umspannwerk wird dann seine Aufgabe zur Sicherung des Fremdstrombezuges und zur Verbesserung der Netzverhältnisse im Wiener Stadtgebiet erfüllen können. Gleichzeitig wird der Ring der 100 KV-Leitung um Wien geschlossen sein. Selbst wenn einmal die Fremdstromversorgung des Umspannwerkes Nord, die über die Malinowskibrücke in die Stadt geht, gänzlich ausfallen sollte, kann das neue Umspannwerk den Verlust zusammen mit dem Umspannwerk Süd ausgleichen. Von großer Bedeutung ist das

Umspannwerk West auch für die Bundesbahnen, wenn einmal die Züge der Westbahn bis nach Wien elektrisch betrieben sein werden.

Zum Jahrestag des Beginnes der Bauarbeiten besuchte gestern Stadtrat Dkfm. Nathschläger in Begleitung des Direktors der E-Werke Dipl.Ing. Ruiss das neue Umspannwerk, das an der Wientalstraße bei der Auhofbrücke gelegen ist, um sich von den Baufortschritten zu überzeugen. Das große Betriebsgebäude, das allerdings nur einen Teil der weiträumigen Anlage ausmacht, stellt schon jetzt das Muster eines schönen Zweckbaues dar. Große Fenster in Aluminiumrahmen vervollständigen den freundlichen Eindruck. Das Dach wurde nach einer neuen Methode mit Aluminiumblech gedeckt. In der weiten Freiluftanlage fallen besonders drei Leistungsschalter für 100.000 Volt auf, die ihrer Art einzig in Österreich sind. Der Schaltvorgang beträgt bei diesen hochwertigen Apparaturen, die von einer Schweizer Firma geliefert wurden, nur eine Zehntelsekunde, während man mit den bisherigen Schaltern wesentlich längere Zeit benötigte.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger hob in einer kurzen Ansprache vor den leitenden Ingenieuren und Architekten die gute Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen hervor, durch die die Termine bisher auf den Tag genau eingehalten werden konnten. Dadurch, daß das Werk eine bedeutend größere Sicherheit in der Fremdstromversorgung Wiens schaffen wird, kann sich auch das Wirtschaftsleben in unserer Stadt reibungsloser und störungsfreier als bisher entwickeln. Der Stadtrat bezeichnete das neue Umspannwerk als die erste Visitenkarte Wiens, die den vom Westen kommenden Fremden von dem Arbeitswillen und der schöpferischen Kraft österreichischer Techniker Zeugnis gibt. Abschließend sprach Stadtrat Dkfm. Nathschläger allen am Bau Beteiligten die Anerkennung und den Dank im Namen der E-Werke und der Stadt Wien aus.

## Wiener Festwochen 1952

=====

Das Programm für Sonntag, 8. JuniTheater:

Burgtheater (im Ronachergebäude): Coward, "Wegen der Leute".

Freilichtaufführung des Burgtheaters auf dem Platz vor der Jesuitenkirche, 1., Dr. Ignaz Seipl-Platz (Alter Universitätsplatz): Eliot, "Mord im Dom".

Akademietheater: Tschechow, "Die Möwe".

Staatsoper im Theater an der Wien: Offenbach "Hoffmann's Erzählungen".

Staatsoper in der Volksoper: Strauß, "Der Zigeunerbaron".

Musik:

9.45 Uhr, Hofburgkapelle: Wolfgang Amadeus Mozart, Credo-Messe.

10.00 Uhr, Franziskanerkirche: Ernst Tittel, Missa "Cantate Domino" für vier gemischte Chöre a cappella.

11.00 Uhr, Augustinerkirche: Franz Liszt, Missa Choralis.

10.30 Uhr, Konzerthaus (Großer Saal): Festliches Singen. Kindersingschule der Stadt Wien; Orchester Wiener Symphoniker; Dirigent Franz Burkhart.

Sport:

Fußball: Vienna-Rapid, Wiener Sportklub-Austria, Wacker-GAK, Simmering-FAC, FC Wien-Kapfenberg, Blau-Weiß - LASK.

Radsport: Wienerwaldrennen, Straßenrennen über 200 km (Start und Ziel Hauptplatz in Mauer).  
Großer Hornick-Preis, Straßenrennen über 300 km für Berufsfahrer.

Pferdesport: Trabrennen - Karl Bürger-Gedenkrennen (Krieau).

Golfsport: American Cup, Zählwettbewerb mit Vorgabe über 2 mal 18 Löcher (Freudenau).

Leichtathletik: Vereinsmeisterschaft für Frauen und weibliche Jugend aller Klassen (1. Durchgang).

Bezirksveranstaltungen:1. Bezirk:

bis 12. Juni, Hof des Alten Rathauses, 1., Wipplingerstraße 8:  
Wiener Künstler-Marionetten-Aufführungen.

3. Bezirk:

bis 8. Juni, Landstraßer Heimatmuseum, 3., Rochusgasse 16: Sonderschau "Gast- und Vergnügungsstätten der Landstraße"; Besuchszeit: 9 bis 12 Uhr; Führungen und Vorträge; Eintritt frei.

bis 12. Juni, Festsaal des Amtshauses, 3., Karl Borromäus-Platz 3: Ausstellung (Schülerarbeiten der Pflichtschulen und Kindergärten des 3. Bezirkes); Besuchszeit: Montag bis Freitag 15 bis 18.30 Uhr, Samstag 9 bis 11 Uhr und 15 bis 18.30 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 9 bis 12 Uhr; Eintritt frei.

4. Bezirk:

bis 12. Juni, Ausstellungsraum des Kulturbundes Wieden, 4., Wiedner Gürtel 56: Plakat-Ausstellung.

5. Bezirk:

bis 30. Juni, Städtische Bücherei, 5., Siebenbrunnengasse 13: Ausstellung "90 Jahre Margareten".

7. Bezirk:

14.00 Uhr, Josef Strauß-Park, 7., Kaiserstraße: Sportfest.

9. Bezirk:

bis 12. Juni, Bezirksvorstehung, 9., Währinger Straße 43: Ausstellung (Schüler- und Lehrerarbeiten der Volks-, Haupt- und Mittelschulen des Bezirkes).

10. Bezirk:

bis 12. Juni, Festsaal der Bezirksvorstehung, 10., Keplerplatz 5: Ausstellung "500 Jahre Spinnerin am Kreuz"; Besuchszeit: Wochentags 9 bis 18 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr; Eintritt frei.

bis 12. Juni, Volkshochschule Favoriten, Zweigstelle Laaer Berg, 10., Laaer Straße 170 (Schule): Ausstellung "Der Monte Laa" (Bilder von Paul Passini); Besuchszeit: Wochentags 9 bis 18 Uhr, Sonntag 9 bis 13 Uhr; Eintritt frei.

13. Bezirk:

15.30 Uhr, 13., Altersheim der Stadt Wien-Lainz (bei Schlechtwetter im Gewerkschaftshaus): Konzert des Arbeitergesangsvereines Hietzing und des 1. Hietzinger Arbeiter-Mandolinenorchesters; Eintritt frei.

14. Bezirk:

bis 21. Juni, Festsaal des Amtshauses, 13., Hietzinger Kai 1: Ausstellung von Werken bildender Künstler des 14. Bezirkes, u.zw. der Maler, Graphiker und Bildhauer: Appel, Bell, Dr. Böhm, Freund, Huber, Prof. Krause, Lukas, Mieses, Prof. Rauser, Prof. Weissenbacher und Prof. Windhager; Besuchszeit: täglich 9 bis 12 und 14 bis 18 Uhr; Eintritt frei.

10.00 Uhr, Pfarrkirche St. Andreas, Hütteldorfer Straße: Franz-Schubert, Deutsche Messe, Männerchor Hütteldorf.

26. Bezirk:

- bis 12. Juni, Marmorsaal des Chorherrenstiftes Klosterneuburg:  
Ausstellung von Malereien und Plastiken.
- bis 12. Juni, Gymnasium Klosterneuburg, Buchberggasse 31-33:  
Kulturhistorische und heimatkundliche Ausstellung.
- bis 8. Juni, Zeichensaal der Hauptschule Klosterneuburg, Lang-  
stößergasse 15: Ausstellung von Schülerarbeiten der  
Volksschule Albrechtstraße.

Schulz-Strassnitzki zum Gedenken  
=====

6. Juni (RK) Auf den 9. Juni fällt der 100. Todestag des Mathematikers, Schulreformators und Volksbildners Leopold Karl Schulz von Strassnitzki.

Am 31. Mai 1803 in Krakau geboren, kam er frühzeitig nach Wien und wurde nach Abschluß seiner Studien Adjunkt für Mathematik und Physik an der Universität. 1827 übernahm er die Lehrkanzel für Mathematik am Lyzeum in Laibach, wo er den veralteten Unterrichtsbetrieb zu reformieren begann. Er hielt auch vielbesuchte, unentgeltliche Vorlesungen über Astronomie für Laien und wurde so ein Vorläufer der modernen Volksbildung. Von Lemberg wurde er 1838 an die Lehrkanzel für Elementarmathematik des Wiener Polytechnikums berufen und setzte seine volksbildende Tätigkeit für unbemittelte Bevölkerungsschichten fort. Schulz-Strassnitzki, der eine Anzahl mathematischer Lehrbücher und Fachschriften verfaßte, wurde 1848 in das Frankfurter Parlament gewählt und in den Gemeindevorstand für die Vorstadt Wieden entsendet. In dieser Eigenschaft setzte er sich verdienstvoll für die Besserstellung der Schullehrer und die Förderung der Elementarschule ein. Weiters gründete er den "Pädagogischen Verein" und forderte die Lehrerschaft auf, sich an der Erwachsenenbildung zu beteiligen. Gemeinsam mit anderen Schulmännern arbeitete er die "Sturmpetition" aus, die u.a. die Grundforderungen der Trennung des Mesner- und Lehrerdienstes, der Dotierung der Schulstellen durch den Staat, der Pensionsberechtigung und Hinterbliebenenfürsorge enthielt. Nach ihm wurde eine Gasse im 9. Bezirk benannt.

Wieder Ballettaufführung im Akademietheater  
=====

6. Juni (RK) Der von den Schülern der Staatsakademie für Musik und darstellende Kunst anlässlich der Wiener Festwochen veranstaltete Tanzabend wird am 9. Juni, um 19.30 Uhr, im Akademietheater wiederholt. Dabei wird u.a. wieder das Ballett in acht Bildern "vis colorum" von Bert Rudolf in der Choreographie von Prof. Toni Birkmeyer aufgeführt.

Ferkelmarkt vom 4. Juni  
=====

6. Juni (RK) Aufgebracht wurden 246 Ferkel, von ~~denen~~ 200 verkauft wurden. Der Durchschnittspreis war bei den Ferkeln bis zu 5 Wochen 159 S, 6 Wochen 228 S, 7 Wochen 254 S, 8 Wochen 273 S 10 Wochen 312 S, 12 Wochen 420 S, 14 Wochen 500 S.

Der Marktbetrieb war reger.

Pferdemarkt vom 3. Juni  
=====

6. Juni (RK) Aufgetrieben wurden 95 Pferde. Als Schlächterpferde wurden 74 verkauft, unverkauft blieben 21. Bezahlt wurde für 1 Kilogramm Lebendgewicht: Bankvieh Ia 5.50 S, IIa 4.70 S, Fohlen 5.70 S, Wurstvieh ausl. 6.58 bis 7.18 S. Alle Preise plus saisonbedingtem Aufschlag. Der Marktverkehr war flau.

Herkunft der Tiere: Wien 8, Niederösterreich 40, Burgenland 5, Kärnten 5, Oberösterreich 33, Steiermark 3, Salzburg 1.

Gesperrt bis 15 Uhr

Ehrenmedaille für Otto Nachtnebel  
=====

6. Juni (RK) Der Wiener Gemeinderat beschloß heute, dem Altgemeinderat Otto Nachtnebel anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Würdigung seiner besonderen Leistungen auf sozialem Gebiet die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt Wien zu verleihen.

Otto Nachtnebel wurde am 8. Juli 1872 in Wien als Sohn des Bronzewarenerzeugers Franz Nachtnebel geboren. Er erlernte das Ziseleurgewerbe und besuchte 4 Jahrgänge der gewerblichen Fachschule der Ziseleure. Um für seine berufliche Ausbildung auch im Ausland Erfahrungen zu sammeln, wanderte er 1891 als Handwerksbursch zu Fuß über Oberösterreich, Salzburg und die Länder Süddeutschlands nach Hessen-Nassau und arbeitete in Kesselstadt, Hanau und Frankfurt a.M. in einschlägigen Fabriken. Anfang 1892 kehrte er nach Wien zurück und trat am 7. Oktober 1892 der damaligen gewerkschaftlichen Organisation seines Berufes, dem Fachverein der Gürtler, Bronzearbeiter und Ziseleure bei. Schon 1893 wurde er Funktionär seines Fachvereines und 1902 dessen Obmann; 1906 erschien er zum ersten Mal als Delegierter auf dem Verbandstag der Metallarbeiter. Als unermüdlich tätiger Gewerkschaftsfunktionär trat er bei den Kämpfen um den Kollektivvertrag der Gürtler, Bronzearbeiter und Ziseleure und bei den langwierigen Verhandlungen um die Fusion ihrer Fachorganisation mit dem Metallarbeiterverband mehr und mehr hervor und wurde einer der engsten Mitarbeiter von Franz Domes. Ende 1907 trat er als Beamter der Evidenz in die Dienste des Metallarbeiterverbandes, mit dem sich der bisherige Fachverein am 1. Jänner 1908 vereinigte. 1914 zum Obmann des Gehilfenausschusses gewählt, wurde er 1921 (als Sekretär für das Waldviertel) Mitglied des Zentralsekretariats; 1926 wählten ihn seine Kollegen nach dem Tod von Walz zum Zentralsekretär des Österreichischen Metall- und Bergarbeiterverbandes. Diese Funktion, die ihm wiederholt zu den Verbandstagen des

internationalen Gewerkschaftskongresses ins Ausland führte, hatte er bis 1932. Knapp vor der Erreichung des 60. Lebensjahres trat er in den Ruhestand.

Nach dem Ende des ersten Weltkrieges im Jahre 1918 als Gemeinderat für den 16. Bezirk in die provisorische Gemeindevertretung berufen, wurde Nachtnebel bis 1934 immer wieder von seinem Stammbezirk in den Wiener Gemeinderat bzw. Landtag gewählt. Er gehörte diesem Vertretungskörper 15 Jahre lang unter drei verschiedenen Bürgermeistern - Weißkirchner, Reumann und Seitz - an und hatte wiederholt wichtige Funktionen in verschiedenen Gemeinderatsausschüssen inne. Noch im letzten freigewählten Wiener Gemeinderat der ersten Republik gehört er drei Ausschüssen an. Von 1924 an war er erster Klubobmannstellvertreter und von 1932 bis 1934 Klubobmann der sozialdemokratischen Gemeindefraktion.

Nach der Befreiung Österreichs im Jahre 1945 half Otto Nachtnebel trotz seines Alters beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsorganisation der Metall- und Bergarbeiter im 16. und 17. Bezirk mit und verwaltete durch 15 Monate hindurch in schwerster Zeit ehrenamtlich das Kindererholungsheim der Gemeinde Wien auf Schloß Lehenhof bei Scheibbs, in dem in diesem Zeitraum 8000 Kinder Erholung fanden.



Sitzung des Wiener Landtages  
=====

6. Juni (RK) Präsident Marek eröffnet um 11.15 Uhr die Sitzung des Wiener Landtages.

Der einzige Punkt der Tagesordnung ist die Ersatzwahl in den Bundesrat, da Bundesrat Leopold Millwisch sein Mandat zurückgelegt hat. Mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und WdU wird Landeshauptmann Bürgermeister Franz Jonas gewählt. (Beifall bei der SPÖ.)

Abgeordnete des Linksblockes hatten einen Antrag, betreffend "Auftreten der Wiener Landesregierung gegen die Verschleppung jugendlicher Wiener zur französischen Fremdenlegion" eingebracht.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Sitzung des Wiener Gemeinderates  
=====

6. Juni (RK) Im Anschluß an den Landtag trat der Wiener Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zu einer Sitzung zusammen.

Vor Beginn der Tagesordnung hielt der Bürgermeister einen Nachruf für Bezirksvorsteher Wopenka und Gemeinderat Winter, der von den Mitgliedern des Hauses stehend angehört wurde. An den Plätzen der beiden Verstorbenen lagen Lorbeerkränze mit schwarzen Schleifen. Der Bürgermeister hob hervor, daß beide Mandatäre bis zur letzten Stunde ihres von Arbeitsfreudigkeit und hohem Verantwortungsbewußtsein beseelten Lebens in völliger Hingabe für das Wohl unseres Gemeinwesens tätig waren. Er gab seiner Erschütterung Ausdruck, daß er ihnen den Dank der Mitbürger erst an ihrer Bahre aussprechen kann.

Im Anschluß an diese Trauerkundgebung des Wiener Gemeinderates wurde die Sitzung mit der Erledigung der Tagesordnung fortgesetzt. Im Einlauf befanden sich mehrere Anträge und Anfragen. Eine Anfrage der SPÖ betrifft die Beschädigung von Gemeindevermögen durch wildes Plakatieren und Beschmieren. Dazu wurde der Antrag auf Verlesung und Besprechung gestellt.

Die Volkspartei brachte einen Antrag auf Einsetzung von

Flurschutzorganen in derselben Zahl wie im Jahre 1951 sowie auf Ausgabe einer Weisung an die Schulen, zwecks Einhaltung des land- und forstwirtschaftlichen Schutzes der Kulturen ein. Die dringliche Behandlung des Antrages wurde verlangt.

Ein Antrag der WdU betrifft die Einführung eines Fließbandverkehrs auf den in die Ausflugsgebiete und zu den Sommerbädern führenden Straßenbahnlinien; ein weiterer Antrag der WdU wurde auf Einbeziehung von Personen, die von der Gemeinde Wien einen außerordentlichen Ruhegenuß oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten, in die Versicherung durch die Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien gestellt.

Ein Antrag der ÖVP betrifft die Restaurierung des Lueger-Denkmal auf dem Cobenzl; ein weiterer Antrag verlangt, daß allen Haukebesorgern in Wien für die Reinigung der der Gemeinde gehörigen Gehsteige ein Reinigungsgeld von 100 S im Jahr bezahlt werde.

Ein Antrag des Linksblocks wurde auf Befreiung der Opfer des Faschismus von der Entrichtung sogenannter Leihgebühren oder sonstiger für die Benützung zugewiesener Möbelstücke eingehobene Beträge eingebracht; ein weiterer Antrag betrifft Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen. Die Anträge wurden sämtlich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Drei Anfragen der WdU beschäftigen sich mit dem "aufsehen-erregenden Versagen der Gemeindeverwaltung bei der Unterbringung des Thomaner-Chores", mit "gehässigen politischen Bemerkungen städtischer Beamter im Parteienverkehr" sowie mit der "Einbeziehung der den Bediensteten und Pensionsparteien der Gemeindeverwaltung zustehenden Sonderzahlungen in die Beitragspflicht für die Krankenfürsorgeanstalt".

Zwei Anfragen des Linksblocks betreffen "Förderung des Obsthandels durch die Stadt Wien" und "100 Millionen Schulden des Bundes an die Stadt Wien".

#### "Gemeindeurlaub" für alte Leute

Zunächst gelangt eine Vereinbarung mit der Pension "Edelweiß" in Heiligenkreuz, betreffend die Unterbringung von in öffentlicher Fürsorge der Gemeinde Wien stehenden Ehepaaren als Pensionsgäste zur Behandlung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Honay verweist darauf, daß die Gemeindeverwaltung trotz der durch den Krieg verursachten mannigfachen Aufgaben die Fürsorgetätigkeit nicht vernachlässigte und daß im Rahmen des finanziell Möglichen das Beste geleistet wurde.

Gegenwärtig stehen 29.276 Personen in Dauerfürsorge der Stadt Wien. Davon sind 61.5 Prozent mehr als 60 Jahre alt; 10.8 Prozent sind zwischen 60 und 65 Jahren, 17.1 Prozent zwischen 65 und 70 Jahren, 33.9 Prozent zwischen 70 und 80 Jahren und 9.7 Prozent mehr als 80 Jahre. Es ist also in der hohen Altersstufe von mehr als 70 bis einschließlich 80 Jahre rund ein Drittel aller Dauerbefürsorgten.

Für den Aufwand der Befürsorgung dieser alten Leute sind im Voranschlag 64.4 Millionen Schilling vorgesehen, wozu noch Aushilfen von 5.3 Millionen Schilling kommen.

Nunmehr soll es durch eine Aktion ermöglicht werden, in Dauerfürsorge stehenden alten Ehepaaren auf Kosten der Stadtverwaltung einen vierzehntägigen Landaufenthalt zu ermöglichen. Insgesamt wurden aus den 26. Wiener Gemeindebezirken 341 solcher Ehepaare namhaft gemacht. Obwohl während des Urlaubes der Rentenbezug um 40 Prozent gekürzt werden soll, wird der Stadtverwaltung ein Kostenaufwand von 230.000 Schilling erwachsen.

GR. Kowatsch (ÖVP) begrüßt die Erholungsaktion für alte Ehepaare namens der Österreichischen Volkspartei. Damit gehe ein langgehegter Wunsch endlich in Erfüllung. Neben alten Ehepaaren sollten aber auch einzelstehende Befürsorgte in die Landaufenthaltsaktion einbezogen werden. Auf Grund der sozialgesetzlichen Bestimmungen falle heute ein großer Teil der früher von der Gemeinde Befürsorgten, die heute Sozialrenten erhalten, nicht mehr der Gemeinde Wien zur Last. Es wäre zweckentsprechend, aus diesen Ersparnissen die Erholungsaktionen in größerem Ausmaß fortzuführen und zu erweitern. In gleicher Weise sollten auch die Tagesheimstätten im kommenden Jahr weiter ausgebaut werden. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Mistingger (SPÖ) bezeichnet die Erholungsaktion für alte Leute als eine neue Form der sozialen Altersfürsorge. Vizebürgermeister Honay habe damit einen Gedanken in die Wirklichkeit umgesetzt, dessen Bedeutung weit über unsere Stadt hinausgehe. Wir können mit Stolz sagen, betont der Redner, daß die Gemeinde Wien

in der Betreuung ihrer Alten allen anderen Ländern vorangeht. Unter den in dieses Erholungsheim Eingewiesenen befanden sich 88 Jahre alte Menschen, die zum ersten Mal in ihrem Leben in den Genuß eines Urlaubs gekommen sind. Mit Tränen in den Augen haben sie erzählt, wie sie es aufgenommen haben, daß sie einen kostenlosen Urlaub verbringen durften. Das Heim werde in vorbildlicher Weise mit großer Güte und Vornehmheit verwaltet. Der Redner spricht den Wunsch aus, daß diese außerordentlich bedeutende Aktion in ihrer Entwicklung nicht stecken bleibe und auch auf die allein-stehenden Befürsorgten ausgedehnt werde. Er bittet den Finanzreferenten, die notwendigen Mittel im Budget für das nächste Jahr sicherzustellen, damit diese Aktion zum Wohle unserer Alten weiter ausgebaut wird. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

GR. Lauscher (LBl.) begrüßt gleichfalls die Aktion. Auch seine Fraktion sei der Auffassung, daß sie eine große Hilfe für die alten Leute bedeutet. Es sei aber auch eine Pflicht der Gesellschaft, für die alten Menschen zu sorgen. Von den 29.000 Gemeindebefürsorgten erhalten heuer rund 500 einen vierzehntägigen Urlaub. Man dürfe aber nicht vergessen, daß sie nach diesen 14 Tagen wieder in den grauen Alltag zurückkehren und die übrigen 50 Wochen des Jahres von Unterstützungen leben müssen, die auf Grund der Richtsätze erstellt sind, die längst nicht mehr den Lebenshaltungskosten entsprechen. Der Linksblock habe eine Erhöhung der geltenden Richtsätze beantragt. Wenn es den beiden Koalitionsparteien ernst sei, den alten Menschen zu helfen, müßten sie diese Erhöhung der Richtsätze beschließen.

Vizebürgermeister Honay verspricht in seinem Schlußwort, die Aktion im nächsten Jahr auf breiterer Basis durchzuführen. Es liege ihm und seiner Partei völlig fern, mit dieser neuen sozialen Einrichtung eine Agitation zu treiben. Diese Agitation sei nicht notwendig, da die Einrichtung für sich selber spreche. Er werde alles daransetzen, sie in Zukunft auszubauen, weil sie wirklich eine soziale Notwendigkeit für unsere Dauerbefürsorgten ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Bei der Abetimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Sporthalle beschlossen

Stadtrat Thaller (SPÖ) referierte über den grundsätzlichen Antrag auf Errichtung einer Sporthalle am Vogelweidplatz im 15. Bezirk. Die Kosten für die Durchführung dieses Bauvorhabens sind in den Voranschlägen des Jahres 1953 und der folgenden Jahre sicherzustellen.

Der Referent führte aus, daß die ständig wachsende Sportfreudigkeit der Bevölkerung und die Erkenntnis von der gesundheitlichen Bedeutung der Leibesübungen die Erbauung einer Sporthalle in Wien notwendig erscheinen lassen. Es soll eine gedeckte große Halle werden, die die Ausübung von vielerlei Sportarten während des ganzen Jahres unabhängig von der Witterung vor einem zahlreichen Publikum gestattet. Der Fassungsraum soll 12.000 bis 15.000 Sitzplätze betragen und darüber hinaus erweitert werden können. Als Standort wurde nach reiflichen Überlegungen und Untersuchungen der Vogelweidplatz bestimmt. Da zur Durchführung des Bauvorhabens die Freimachung der Gründe die erste Voraussetzung bildet, soll nun heute der grundsätzliche Beschluß gefaßt werden, da sonst die gerichtlichen Kündigungen nicht durchgeführt werden können. Stadtrat Thaller teilte auch mit, daß bei der Ausschreibung für das Projekt der Sporthalle die namhaftesten Architekten des In- und Auslandes eingeladen werden sollen. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Kaps (SPÖ) nahm in positiver Weise zu dem neuen Projekt der Sporthalle Stellung. Er gab vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß Stadtrat Resch die finanziellen Mittel dafür ohne weiteres bewilligt habe. Der Redner verlieh dem Wunsch Ausdruck, daß die Sporthalle niemals einer militärischen Vorerziehung dienen möge, sondern nur der körperlichen Ertüchtigung und dem friedlichen Wettstreit der Jugend. Abschließend begrüßte der Redner im Namen seiner Fraktion den Antrag und bezeichnete das Projekt der Sporthalle als das "Projekt des Jahrhunderts" für die Sportler Wiens. (Beifall bei der SPÖ.)

GR. Schwaiger (ÖVP) begrüßt gleichfalls das Projekt der Sporthalle, betont jedoch, daß diese kein Geschenk für die Sportler sei, sondern die Einlösung einer selbstverständlichen Verpflichtung der Stadt Wien gegenüber dem Sport; denn ein wesent-

licher Posten der Steuereingänge wird von der sportliebenden Bevölkerung erbracht. Der Redner weist auch darauf hin, daß der Finanzreferent der Stadt Wien seit 1945 noch keinen Groschen für Subventionen gegeben hat. Ferner wirft GR. Schwaiger die Frage auf, ob der Standort des Platzes wirklich der günstigste sei und schlägt demgegenüber die Schmelz vor. Abschließend gab er der Hoffnung Ausdruck, daß nach Fertigstellung der Sporthalle die Benützunggebühren vom Finanzreferenten möglichst niedrig angesetzt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

#### Staatsminister Metzger wohnt den Beratungen bei

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, machte den Gemeinderat nun die Mitteilung, daß der hessische Staatsminister für Kultus und Unterricht, der gegenwärtig anlässlich des Internationalen Pädagogischen Kongresses in Wien weilt, den Beratungen des Wiener Gemeinderates auf der Galerie bewohnt. Der Bürgermeister begrüßte unter dem Beifall der Mitglieder des Gemeinderates den Gast.

GR. Lauscher (LBl.) sagte, es wäre kein Anlaß heute zu jubeln, denn bis zur Verwirklichung des Sporthallenprojektes werde es noch lange dauern. Es werde den Mehrheitsparteien nicht gelingen, die sportfeindliche Praxis der Gemeindeverwaltung zu vertuschen. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Redner mit verschiedenen Forderungen der Sportvereine, wie Ermäßigung der Vergnügungssteuer, Befreiung von städtischen Abgaben und Bereitstellung von Subventionen sowie der Einführung von verbilligten Sportfahrkarten.

#### Vogelweidplatz günstigster Standort für Sporthalle

In seinem Schlußwort antwortete Stadtrat Thaller auf die verschiedenen Kritiken. Er betonte nochmals, daß der Vogelweidplatz der günstigste Standort für die neue Sporthalle ist. Die Schmelz ist von den inneren Bezirken doch zu weit entfernt, auch sind die Verkehrsmöglichkeiten am Vogelweidplatz außerordentlich groß. Was die Gebühren für die Benützung der Sporthalle anlangt, so werde die neue Sporthalle ähnlich wie das Stadion nicht von der Gemeinde direkt betrieben werden. Die Gemeinde Wien wird

jedoch auf jeden Fall die Baukosten abschreiben, sodaß die Gebühren nur die Erhaltungs- und Betriebskosten decken müssen.

Zu dem Kapitel Sportförderung durch die Gemeinde betonte der Stadtrat, daß die Amateurvereine nur 10 Prozent der Eintrittsgebühren an Vergnügungssteuer zahlen und nur die großen Fußballvereine mit dem höheren Steuersatz besteuert werden. Aus dem Sportgroschen fließen dem Sport durch die Stadt Wien jährlich 1.3 Millionen Schilling zu und aus dem Sporttoto erhalten die Verbände 40 Millionen im Jahr. Die Gemeinde Wien hat auch seit 1945 bis zum Ende des vergangenen Jahres 60 Millionen Schilling für die Errichtung von Sport- und Spielplätzen ausgegeben. Man könne also nicht sagen, daß die Gemeinde nichts für den Sport übrig hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten einstimmig angenommen.

GR. Fronauer (SPÖ) berichtet über einen Antrag des Stadtsenates, den Verkauf von rund 1800 fm Schleifholz zum Preis von 270 S und von 200 fm Blochrundholz zum Preis von 370 S je Festmeter frei Bahnablage nachträglich zu genehmigen. Der Antrag ist begründet mit einer sinkenden Tendenz der Holzpreise.

GR.Dr. Soswinski (LBl.) erklärt sich darüber beunruhigt, daß im Quellschutzgebiet der Wiener Hochwasserleitungen große Holzschlägerungen vorgenommen wurden, die die Sicherung der Wiener Wasserversorgung gefährden. Der Abgeordnete Fischer habe bereits vor 10 Monaten im Nationalrat nachgewiesen, daß es sich bei dem Raubbau am Naßwald nicht um Schlägerungen der USIA, sondern um Schlägerungen der Gemeinde Wien handelte, wobei das Holz nach dem Westen exportiert wurde. Er beantragt die Annahme eines Resolutionsantrages, welcher die Vorlage einer detaillierten Aufstellung über die Schlägerungen der Forstreviere der Gemeinde Wien in den letzten Jahren verlangt.

Berichterstatter Fronauer (SPÖ) betont demgegenüber, daß sich die Gemeinde Wien gerade in den Quellschutzgebieten die Wiederaufforstung besonders angelegen sein lasse.

Der Antrag des Berichterstatters wird einstimmig angenommen. Der Resolutionsantrag Dr. Soswinski verfällt der Ablehnung.

Subventionen der Gemeinde Wien

Stadtrat Resch (SPÖ) berichtet hierauf über die erste Subventionsliste der Gemeinde Wien für das Jahr 1952. Er gibt bekannt, daß 19 Organisationen und Vereine mit einer Gesamtsumme von 257.360 Schilling beteiligt werden sollen. Im einzelnen sollen erhalten:

Institut für Wissenschaft und Kunst .....	20.000 S
Österreichisches Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum	25.000 "
Liga für Menschenrechte .....	3.000 "
Sozialistische Jugend (Internationales Großlager 1952 in Wien) .....	80.000 "
Österr. Gesellschaft für psychische Hygiene .....	5.000 "
Arbeitsgemeinschaft für Heilpädagogik .....	10.000 "
Landwirtschaftskammer für N.Ö. und Wien (Schädlingsbekämpfung im Feldebau 1952) .....	30.000 "
Landwirtschaftliche Genossenschaft Korneuburg und Umgebung (Kartoffel-Vorkeimaktion) ,.....	2.000 "
Wiener Fischereiausschuß .....	18.860 "
Freiwillige Feuerwehr Naßwald .....	500 "
Asylverein der Wiener Universität .....	3.000 "
Kreuzbund Österreichs .....	2.000 "
Arbeiter-Abstinenzbünd .....	5.000 "
Arbeitsgemeinschaft für die Fürsorge für Körper- u. Sinnesbehinderte .....	1.000 "
Verein "Settlement" .....	2.000 "
Verband christlicher Hausgehilfinnen .....	2.000 "
Fortbildungsschule für Hausgehilfinnen .....	5.000 "
Wiener Trabrennverein .....	33.000 "
Verein zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener Blinder .....	10.000 "
	<hr/>
Summe	257.360 S
	=====

Bei den 80.000 S für das Internationale Großlager der Sozialistischen Jugend handle es sich nicht um eine Subvention einer sozialistischen Organisation, sondern um eine einmalige Subvention einer internationalen Veranstaltung, die sowohl vom Standpunkt des Fremdenverkehrs als auch kulturell für die Stadt Wien von Bedeutung ist.



Die Österreichische Gesellschaft für psychische Hygiene, die heuer, erstmalig 5000 S erhält, beschäftigt sich mit der wissenschaftlichen Erforschung der Zusammenhänge zwischen Geisteskrankheit und Verbrechen und habe bereits anerkanntswerte Leistungen vollbracht.

Bei der Subvention an die Arbeitsgemeinschaft für Heilpädagogik handle es sich um den Beitrag der Stadt Wien für die Behebung der Schäden, die durch den Brand der Sängerknaben entstanden sind.

GR. Maller (LBL.) erklärt, bei dem sozialistischen Jugendlager in Wien handle es sich nicht um ein internationales Jugendlager, sondern es gehe um die Erfassung der wehrfähigen Jahrgänge. (Ironische Heiterkeit bei den Sozialisten.) Es sei kein Jugend- sondern ein Rekrutentreffen. Auch eine Subvention von 80.000 S werde die europäische Jugend samt Kaugummi, Coca-Cola und Boogie-Woogie nicht dazu bringen, in Reih und Glied zu marschieren. Die europäische Jugend zeige einen auffallenden Mangel für die amerikanischen Weltoberungspläne, sie begeistere sich vielmehr für die Idee des Friedens. Die begeisterten jugendlichen Kämpfer für den Frieden bekämen jedoch von der Gemeinde Wien keine 80.000 Schilling.

Der Redner wird bei seinen weiteren Ausführungen von Bürgermeister Jonas mehrmals zur Sache gerufen. Als er behauptet, daß im Vorjahr zu Pfingsten 50.000 österreichische Jugendliche in Wien für den Frieden marschiert seien, kommt es zu lebhaften Zwischenrufen. Auf seine weitere Behauptung, daß die europäische Jugend einig sei in dem Ruf: "Ami go home!", erschallen ihm zahlreiche Rufe aus den Bänken von SPÖ und ÖVP entgegen: "Maller go home!" (Lebhafte Heiterkeit.)

Als nächster Redner des Linksblockes spricht GR. Dr. Matejka (LBL.). Während seinen Ausführungen verlassen die meisten Mitglieder des Gemeinderates demonstrativ den Saal. Der Redner beschäftigt sich mit der Subvention für den Wiener Trabrennverein von 33.000 S und betont nachdrücklich, daß er seine Auffassung bezüglich dieser Subvention nicht ändern werde. Man sollte den Betrag von 33.000 S zur Erforschung und Bekämpfung des Krebsproblems zur Verfügung stellen. Im allgemeinen stellte Dr. Matejka

fest, daß er bei der Verteilung der Subventionen ein vernünftiges großstädtisches Planungsprinzip nach den Gedanken eines wirklichen Bedarfes vermisse.

GR. Pfoch (SPÖ) wendet sich scharf dagegen, daß ein Lager der sozialistischen Jugendinternationale als "Soldatentreffen der westlichen Imperialisten" bezeichnet wird. Es scheine hier die Absicht zu bestehen, das Treffen bei den Russen zu verleumden und so dem Lager Schwierigkeiten zu bereiten. GR. Pfoch weist darauf hin, daß alle zwei Jahre die Jugendinternationale ein großes Lager veranstaltet, 1946 in Dänemark, 1948 in Ebensee, 1950 in Stockholm und nun wieder in Wien. Jeder wird die Möglichkeit haben, sich davon zu überzeugen, daß im Hörndlwald nichts ähnliches getan wird, wie es in Leipzig gewesen ist, wo die Volkspolizei symbolisch 100 Kleinkalibergewehre den Jugendlichen übergeben hat. (Hört-, Hört-Rufe bei den Sozialisten.) Abschließend stellt der Redner zu den Ausführungen von GR. Maller fest, er sei gerne bereit in der amerikanischen Zone zu schreiben "Ami go home", wenn GR. Maller in der russischen Zone schreibt "Ruski dawai"!

In seinem Schlußwort anerkennt Stadtrat Resch, daß GR. Maller eine gut "ge-pauker-te" Vorlesung gehalten habe. Wenn GR. Maller weiter gesagt habe, daß die sozialistische Jugendorganisation sich falsche Bezeichnungen beilegt, so möchte er feststellen, daß in Bezug auf Mißbrauch von Bezeichnungen, angefangen von dem Wort Demokratie bis zu "freie" österreichische Jugend niemand in Österreich mit der Kommunistischen Partei konkurrieren könne. (Beifall bei der SPÖ.) Er habe bei der Rede Mallers die Empfindung gehabt, daß man Übertreibungen und Phrasen nur bis zu einer gewissen Grenze verträgt. Wird diese Grenze überschritten, kann man sie nur mehr der Lächerlichkeit preisgeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den Ausführungen von Dr. Matejka bemerkt der Referent, er könne die Rede, die jährlich hier von den Kommunisten gehalten wird, nicht jährlich mit den gleichen Argumenten widerlegen. Er ersuche daher, seine Antwort in den Protokollen der Gemeinderatssitzungen der Jahre 1948 bis 1951 nachzulösen. (Beifall bei der SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Linksblocks abgelehnt und der Antrag des Referenten angenommen.

Gegen die Verschandelung des Stadtbildes

Hierauf gelangt eine dringliche Anfrage der GRe. Dipl.Ing. Witzmann, Maria Potetz, Wiedermann und Genossen, betreffend die Beschädigung von Gemeindevermögen durch wildes Plakatieren und Beschmieren zur Verhandlung. In der Anfrage wird darauf hingewiesen, daß in der letzten Zeit das Beschmieren von Straßen und Gebäuden mit politischen Parolen sowie das wilde Plakatieren besonders überhand genommen hat. Dadurch wird das Stadtbild Wiens arg verunstaltet und dem öffentlichen Wohl dienende Anlagen beschädigt. Die Wiener Bevölkerung lehnt diese Art der politischen Propaganda ab. Die Auswüchse dieser krankhaften Propagandamethoden sind geeignet, das Ansehen und den Ruf unserer Stadt schwerstens zu schädigen. Die Anfragesteller richten daher an den Stadtrat für das Bauwesen die Anfrage, was er zu tun gedenkt, um dieses schädigende Treiben einer überspitzten Propagandatätigkeit zu verhindern und ihre sichtbaren Wirkungen zu beseitigen. Im einzelnen stellen sie folgende Anfragen:

1. Sind die in den Parkanlagen der Stadt Wien und auf öffentlichem Straßengrund aufgestellten zahlreichen Anschlagtafeln politischer Parteien, Zeitungen und anderer, sowie die übrigen der Ankündigung dienenden Objekte mit Zustimmung der Gemeindebehörden <sup>sind diese Bewilligungen befristet oder unbefristet erteilt worden</sup> aufgestellt worden, und können sie zurückgezogen werden?
2. Was gedenkt der Herr Amtsführende Stadtrat zu veranlassen, um derartige, der Ankündigung nichtamtlicher Verlautbarungen dienenden Schaukästen etc., die ohne behördlicher Genehmigung aufgestellt wurden, wieder zu entfernen?
3. Wie hoch sind die Kosten, die der Stadt Wien durch die Entfernung der auf städtischen Objekten erfolgten wilden Plakatierungen und Beschmierungen entstehen?
4. Was gedenkt der Herr Amtsführende Stadtrat zu tun, um in Zukunft diese Auswüchse der Propaganda zu verhindern?

Gemäß § 16, Absatz 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien beantragen wir die Verlesung und Besprechung dieser Anfrage in der heutigen Sitzung.

Wien - ein Zentrum des Fremdenverkehrs

GR. Dipl.-Ing. Witzmann (SPÖ) erhält das Wort zur Begründung des Antrages. Er erklärt, die Bevölkerung unserer Stadt könne sich keinesfalls damit abfinden, daß die Plakatierungs- und Schmieraktionen zu einem Dauerzustand werden. Sie ist stolz darauf, daß Wien nicht nur wieder zu einer reinen Stadt, sondern zu einer Stadt der Festwochen, der Kultur, zu einem Zentrum des Fremdenverkehrs geworden ist. Die Bevölkerung erwartet mit Recht, daß der wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbau nicht durch Schmieraktionen politischer Art gestört wird, denn sie befürchtet, daß im Ausland dadurch ein falscher Eindruck über die Zustände in unserer Stadt entstehen kann. Deshalb verlangt die Bevölkerung die Verhinderung dieser wild gewordenen Propaganda und der Verschandelung des Stadtbildes. Sie verlangt jetzt, im Sommer, zur Zeit der Festwochen, wo viele Fremde in unserer Stadt sind, daß gegen diesen Propagandafeldzug so rasch als möglich eingeschritten wird.

Stadtrat Thaller (SPÖ) stellt in Beantwortung der Anfrage fest, daß in der letzten Zeit ein gewaltiges Zunehmen der Verschandelung unserer Stadt durch wildes Plakatieren und Beschmieren mit politischen Parolen zu bemerken ist, obwohl Wien gerade jetzt daran ist, sein altes Ansehen als Fremdenverkehrsstadt wiederzugewinnen. Nicht nur die ausländischen Besucher Wiens, sondern alle Bevölkerungsschichten sind über das Ausmaß und die bedenkenlose Zügellosigkeit dieser Propagandamethoden bestürzt. Er begrüße es daher, dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit über den Umfang dieser Verschandelung als auch über die hohen Kosten, die durch die Beseitigung der Schäden entstehen, berichten zu können.

Zu den einzelnen Punkten der Anfrage erklärt Stadtrat Thaller:

Für die in öffentlichen Erholungsflächen errichteten Ankündigungstafeln und Anschlagkasten wurden überhaupt keine Bewilligungen erteilt. Für die auf öffentlichen Verkehrsflächen errichteten Tafeln und Anschlagkasten der politischen Parteien und Zeitungen ist wohl die "Gewista" berechtigt, gegen jederzeitigen Widerruf eine Bewilligung zu erteilen, doch sind derartige Bewilligungen bisher in ganz Wien nur in etwa 20 Fällen erteilt worden. Die große Mehrzahl der Tafeln und Kasten wurde ohne jede behördliche Genehmigung errichtet.

Soweit Schaukasten ohne behördliche Bewilligung aufgestellt wurden, wird nach Maßgabe der gesetzlichen Möglichkeiten ihre Entfernung veranlaßt werden. Besonders gegen die scheinbar exterritorialen Propagandaobjekte der Besatzungsmächte und die unter ihrem Schutz stehenden Schaukasten werden diese geringen Möglichkeiten jedoch kaum ausreichen. Der Bürgermeister hat bereits vor längerer Zeit an die Bezirksvorsteher die Aufforderung gerichtet, die Anschlagkasten und Tafeln von den öffentlichen Gebäuden und Verkehrsflächen zu entfernen. Leider konnte diese Anordnung nicht in allen Bezirken restlos befolgt werden. Der Stadtrat appelliert an die Vertreter der politischen Parteien, das Versäumte raschest nachzuholen.

#### Ein Vandalismus sondergleichen

Die wilden Plakatierer und rücksichtslosen Beschmierer öffentlichen Gutes scheuen vor nichts zurück. Neue und alte Hausfassaden, Denkmäler, Litfaßsäulen, Straßen und Plätze werden mit einem Vandalismus sondergleichen beschädigt. Die Behebung der Fassadenschäden würde allein an Gemeindebauten 4.000 S, für ganz Wien etwa 60.000 S erfordern. In den vergangenen zwei Jahren mußten durchschnittlich je 15.000 bis 20.000 S für die Beseitigung jener Schmier- und Plakataktionen ausgegeben werden. Dabei konnten Gegenmaßnahmen praktisch nur in drei Besatzungszonen durchgeführt werden. Einer besonderen Vorliebe beim Beschmieren erfreuen sich Masten und Schaltblöcke der öffentlichen Beleuchtung, Bedürfnisanstalten und Pissoirs. Die einmalige Ent-

fernung der Plakate und das Ausbessern des Rostschutzanstriches würde etwa 60.000 S erfordern. Es werden aber selbst frisch gestrichene Maste in kürzester Zeit wieder beklebt. Eine einmalige Entfernung der Plakate ist daher zwecklos.

Auf die Frage, was die Gemeindeverwaltung zu tun gedenkt, um diese Auswüchse der Propaganda zu verhindern, stellt Stadtrat Thaller fest, daß die gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung dieser Auswüchse leider völlig unzureichend sind. Das Anschlagen von Plakaten ist nur an jenen Plätzen gestattet, welche von der Gemeinde für diese Zwecke bestimmt, bezw. von der "Gewista" hierfür gemietet und als solche deutlich erkennbar gemacht sind. Anzeigen wegen unbefugten Plakatierens sind an das Preßbüro zu richten; eine Zuständigkeit des Magistrates ist leider nicht gegeben. Die Anbringung von nicht vervielfältigten Plakaten fällt jedoch nicht unter die pressegesetzlichen Bestimmungen. Für die Beseitigung der illegal angebrachten Bemalungen hat die zuständige Magistratsabteilung Sorge zu tragen. Da sich die Stadt Wien eine derartige Vergütung von Steuergeldern für die Behebung der von einer kleinen Minderheit Unbelehrbarer verursachten Schäden nicht leisten kann, wird sie in Zukunft von den ihr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln verstärkt Gebrauch machen.

Wir mußten in den letzten Tagen leider feststellen, erklärt der Stadtrat weiter, daß sich auch städtische Angestellte an der Beschädigung von Gemeindeeigentum beteiligen. Wir werden alle diese städtischen Angestellten in Disziplinaruntersuchungen ziehen. (Zwischenrufe beim Linksblock.)

#### Schonet das Stadtbild!

An die gesamte Wiener Bevölkerung könne er nur den Appell richten: Schonet das Stadtbild! (Gr.Dr.Matejka: Daher hinaus mit den Mörderfilmen!) Die politische Erregung oder Verhetzung sollte nicht ununterbrochen andauern. Es genügt, wenn in Wahlzeiten die normalen Regeln gesprungen werden. Für den politischen Alltag aber wollen wir uns nicht faschistischer Methoden bedienen, auch wenn diese jetzt zu kommu-faschistischen Methoden geworden sind. (Lebhafter Beifall.)

GR. Wicha (WdU) wendet sich dagegen, daß die erlaubte Propaganda scheinbar nur den "lizenziierten" Parteien in Österreich vorbehalten ist. Wenn man haben will, daß die wilde Propaganda unterbleibt, dann muß auch allen Parteien die gleiche Propagandamöglichkeit gegeben werden. (Beifall bei der WdU.)

GR. Dr. Matejka (LBl.) begrüßt es, daß dieses Thema hier angeschnitten wird und spricht in diesem Zusammenhang von dem Inhalt der Plakate auf den Anschlagwänden der "Gewista". Was sich hier im Laufe der letzten Jahre an Plakaten gezeigt hat, vor allem zum Beispiel beim Burgtheater, bei der Oper und gegenüber dem Stephansdom, so betont der Redner, dabei müsse sich einem der Magen umdrehen, dagegen sollte man Stellung nehmen! (Beifall beim Linksblock.)

GR. Leibetseder (SPÖ) schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Thaller an und teilt mit, daß seine Fraktion gerne bereit sei, sich gemeinsam mit allen übrigen Parteien den Bedingungen und Wünschen der Verwaltung der Stadt Wien zu unterwerfen. Die Ausführungen von Dr. Matejka bezeichnet er als ein Ablenkungsmanöver, da eine ganz andere Frage heute zur Diskussion stehe. Im übrigen entscheide nicht das Ausmaß der Propaganda den Erfolg einer Partei sondern ihre Leistung. (Beifall bei der SPÖ.)

Stadtrat Thaller betont in seinem Schlußwort, daß hier nicht die Rede vom Inhalt der Plakate oder der Parolen sein soll. Es handelt sich vielmehr um das Schmieren und die dadurch hervorgerufenen Beschädigungen. Wenn aber GR. Dr. Matejka seine Parolen mit Schmutz und Schund identifizieren wolle, so stimme er hier mit ihm vollkommen überein. (Beifall bei der SPÖ.)

#### ÖVP will Flurschutzorgane

Als Nächstes wird der Antrag der ÖVP. betreffend Einstellung von Flurschutzorganen behandelt. Der Antrag wird vom Schriftführer verlesen. Es wird darin verlangt, der Gemeinderat wolle beschließen, die Flurschutzorgane umgehend in derselben Anzahl und für dieselbe Zeitperiode einzusetzen wie im Jahre 1951. Ferner soll der Bürgermeister als Präsident des Stadtschulrates an alle unterstehenden Schulen eine Weisung herausgeben, worin den Schülern die unbedingte Notwendigkeit des Schutzes der land- und forstwirtschaftlichen Kulturen klargelegt wird.

Zur Begründung erhält GR.Dr.Hengl (ÖVP) das Wort. Er stellt zunächst fest, daß in den Randgemeinden große Bestürzung herrsche, weil trotz der Bemühungen von StR.Bauer huer keine Flurhüter eingestellt werden, mit der Begründung, daß die Polizei die Aufsicht übernehmen könne. Die Polizei habe jedoch festgestellt, daß sie dies nur nach Maßgabe des Dienstes tun könne. Durch die Schutzlosigkeit der landwirtschaftlichen Kulturen würde jedoch wertvolles Pflanzengut verlorengehen. Der Redner unterstrich die Bedeutung der Landwirtschaft in den Randgemeinden für die Versorgung der Stadt Wien und ersuchte daher im Interesse der Allgemeinheit und der Volksernährung um die umgehende Einstellung der Flurhüter sowie die dringliche Behandlung des Antrages. (Beifall bei der ÖVP.)

Als Kontraredner hatte sich GR.Dr.Stemmer (SPÖ) gemeldet, der ausführte, daß die Voraussetzungen für eine dringliche Behandlung des Antrages nicht gegeben seien. Er stellte fest, daß der Polizeilastenanteil der Stadt Wien pro Kopf der Bevölkerung von 7 auf 20 S erhöht wurde. Der Polizeipräsident hat sich auch in einem Schreiben bereiterklärt, die Sicherheitswache anzuweisen, dem Schutz der Wiesen und Felder besonderes Augenmerk zuzuwenden. Von April bis September werden ferner besondere Kontingente der Sicherheitswache zur Überwachung der landwirtschaftlichen Kulturen in den Randgebieten in Dienst gestellt.

Zur Illustration der Frage, ob die Flurhüter ihren Zweck überhaupt erfüllten, teilte der Redner mit, daß während einer ganzen Saison von sieben Organen eines Gebietes nur zwei Einschreitungen gemeldet worden sind.

Was schließlich die schulmäßige Belchrung anlangt, so ist im Lehrplan ab der 3.Volksschulklasse die Pflege des Naturschutzgedankens aufgenommen. Die Mißachtung des Naturschutzes erfolgt außerdem, wie auch aus dem Antrag hervorgeht, am wenigsten durch Kinder, sondern durch das schlechte Beispiel der Erwachsenen. Aus den angeführten Gründen sprach sich der Redner gegen die dringliche Behandlung aus.

Bei der Abstimmung wird dem Antrag die dringliche Behandlung gegen die Stimmen der ÖVP und der WdU nicht zuerkannt. Der Vorsitzende weist ihn dem Magistrat zur weiteren Behandlung



zu.

Unter den Geschäftsstücken, die dem Gemeinderat vorlagen und ohne Debatte angenommen wurden, befanden sich auch die Errichtung von neun neuen städtischen Wohnhausanlagen mit zusammen 858 Wohnungen, 10 Geschäften und einem Depot mit der Gesamtkostensumme von rund 69 Millionen Schilling, ferner die Vorbereitung des Wohnbauprogrammes 1953, die Errichtung einer Fernheizstelle im Franz Josefs-Spital, die Errichtung eines Pfordenmarktes auf dem Zentralviehmarkt in St. Marx sowie zahlreiche Abänderungen und Festsetzungen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen und der Ankauf und Tausch mehrerer Liegenschaften.

(Schluß der Sitzung um 15,15 Uhr)

Neue Telephonnummer der Frauenmilchsammelstelle  
=====

6. Juni (RK) Die neue Telephonnummer der Frauenmilchsammelstelle 18., Bastiengasse 36/38 (Zentralkinderheim), ist ab sofort A 29-5-55, Klappe 112.